

Neue Eignerstrategie Kritik und Verständnis für die Regierung

VADUZ Nun ist es offiziell: AHV, LKW, LGV und Post müssen bei der Pensionsversicherung für das Staatspersonal (PVS) bleiben. Ein von der Regierung ausgearbeiteter Antrag, der den erwähnten öffentlichen Unternehmen einen Wechsel der Pensionskasse untersagt, wurde gestern vom Landtag zur Kenntnis genommen. Diese Anpassung der Eigner- bzw. Beteiligungsstrategien seien im übergeordneten Interesse des Landes, betonte Regierungschef Adrian Hasler. Es könne nicht sein, dass es unter den Landesangestellten zu einer Ungleichbehandlung komme. Die Regierung reagierte mit dieser Änderung auf die AHV, die im September beschlossen hatte, den PVS-Anschluss zu kündigen.

Das Vorgehen der Regierung stiess bei einigen Abgeordneten auf Verständnis. Auch DU-Mandatar Her-

bert Elkuch plädierte dafür, dass alle Angestellten, die von der Öffentlichkeit ihren Lohn beziehen, gleich behandelt werden müssten. Wendelin Lampert (FBP) störte sich ebenfalls daran, dass AHV-Rentner bei einem Austritt keinen Solidaritätsbeitrag zahlen müssten, PVS-Rentner aber schon: «Das kann nicht sein.»

Kritik wurde vor allem aus den Reihen der VU laut. Es gehe nicht an, monierte Violanda Lanter-Koller, dass die Regierung nun via Eignerstrategie einen PVS-Austritt verbiete, obwohl im Gesetz, das erst im September verabschiedet wurde, ausdrücklich von einem «freiwilligen PVS-Anschluss» die Rede sei. Um die gestern zur Kenntnis genommenen Änderung rückgängig zu machen, hat die VU-Fraktion einen Antrag eingebracht, der im Dezember behandelt wird. (mb)